

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als Bundesrepublik Deutschland haben wir ein grundsätzliches Interesse an guten Beziehungen mit Russland als wichtigem Nachbarstaat in Europa. Die deutsch-russischen Beziehungen sind vielfältig und reichen weit in die Geschichte zurück. Das Leid, das vom nationalsozialistischen Deutschland aus auf russischem Boden ebenso wie auf dem Boden anderer Staaten in der Region verübt wurde, bleibt unvergessen und erfüllt uns mit tiefer Demut. Zugleich wachsen daraus für Deutschland die Selbstverpflichtung und Verantwortung für die offensive Verteidigung der Friedensordnung, für Frieden, für Stabilität und für die Sicherheit in unserem gemeinsamen Europa zu arbeiten.

Die gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung, die durch den KSZE-Prozess, die Abrüstungsvereinbarungen in den 1980er Jahren und die NATO-Russland-Grundakte 1997 nach dem zweiten Weltkrieg über ideologische Grenzen hinweg entwickelt wurde, ist Rahmen und Garant dafür, Frieden, Stabilität und Sicherheit für alle Menschen in Europa zu schaffen. Zu dieser Friedensordnung gehören die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten, die Unverletzbarkeit der Grenzen ebenso wie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Für Deutschland als dem Frieden und der internationalen, regel-basierten Ordnung verpflichtete Nation im Herzen Europas ist diese Friedensordnung eine Existenzgrundlage. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem elementaren Interesse, diese Friedensordnung und ihre Institutionen nach Kräften zu verteidigen. Wir werden es nicht hinnehmen, wenn sie missachtet wird.

Doch wir müssen festmachen, dass Russland diese Friedensordnung seit Jahren gezielt in Frage stellt und bedroht und die akute Eskalationssituation bewusst provoziert hat.

Es besteht weiter erhebliches Potenzial in den Beziehungen der Europäischen Union mit Russland im wirtschaftlichen, technologischen, energiepolitischen und im klima- und umweltpolitischen Bereich. Auch dem zivilgesellschaftlichen Austausch in den vielfältigen Formaten kommt eine herausragende Bedeutung zu. Trotz der Intensität ist zu verurteilen, dass die russische Führung diesen Austausch durch das gezielte Vorgehen gegen Organisationen der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen immer weiter erschwert. Auch weiterhin besteht die Möglichkeit und die drängende Notwendigkeit, bei der Lösung der vielen globalen Herausforderungen und bei der Befriedung von Krisen auf der Welt mit Russland zusammenzuarbeiten. Dies ist aber nur möglich, wenn die russische Führung bereit ist, den aktuellen Weg der fortwährenden Eskalation und der destruktiven Machtpolitik, gepaart mit dem Einsatz von militärischer Gewalt zu verlassen.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Beilegung der Aggression gegen die Ukraine. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim darf niemals akzeptiert und hingenommen werden; auch nicht die fortlaufende Destabilisierung der Ostukraine oder die massiven Truppenaufmärsche und Militärmanöver an der Grenze zur Ukraine, die nichts anderes als eine schwerwiegende Drohgebärde sind. Die tiefgreifenden und dauerhaften Verletzungen der Souveränität der Ukraine stehen im eklatanten Widerspruch zum völkerrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in Artikel 1 der UN-Charta seine Grundlage findet. Ein militärischer Aufmarsch dieser Größenordnung trägt nur zur Eskalation und nicht zur Entspannung der Lage bei – dafür ist Russland allein verantwortlich.

Russland hat Völkerrecht gebrochen und als unverletzlich geltende Grenzen verschoben, als es die Krim annektierte und im Donbass militärisch intervenierte. Es hat die Charta der Vereinten Nationen, die Charta von Paris, die Nato-Russland-Grundakte sowie das Memorandum von Budapest verletzt und damit diese gemeinsam aufgebaute und von Russland mitunterzeichnete und lange mitgetragene europäische Sicherheitsordnung fundamental infrage gestellt. Damit greift Russland den Kern auch deutscher Interessen an.

Russlands Ziel wird immer deutlicher: Es will die Annäherung der Ukraine (und anderer Staaten der Östlichen Partnerschaft) an die EU verhindern. Zudem will es die strategische Position der EU und der NATO durch Spaltung schwächen.

Der Deutsche Bundestag sieht auch die immer aggressivere, auf den Ausbau eigener Einflussphären setzende Außenpolitik Russlands mit großer Sorge. Das Engagement Russlands in Syrien, Libyen, Mali, Zentralafrika, Venezuela, Belarus, Kasachstan und in anderen Teilen der Welt dient gerade nicht der konstruktiven Krisenbewältigung und Konfliktlösung, wie es beispielsweise die Charta der Vereinten Nationen vorsieht, sondern dem Interessen- und Machtkalkül der Führung im Kreml.

Zur Liste des russischen Fehlverhaltens zählen auch gezielte Auftragsmorde im Ausland wie gegen Sergej Skripal in London oder im Berliner Tiergarten und die massive Zunahme von Cyberattacken wie zuletzt gegen die Ukraine und Polen und nicht zuletzt auf den Deutschen Bundestag im Jahr 2015. Auch dieses Verhalten muss eingestellt werden.

Als Bundesrepublik Deutschland sollten wir weiter die Bereitschaft haben, mit Russland über Fragen der gesamteuropäischen Sicherheit zu reden. In diesem Sinne sind die ersten Gespräche zu unterstützen, die in verschiedenen Formaten begonnen haben – bilaterale zwischen den USA und Russland, im Rahmen des NATO-Russland-Rates, im Rahmen der OSZE und im Rahmen des Normandie-Formats speziell zur Bewältigung der Krise in der Ostukraine. Gleichwohl muss klar sein: Über Fragen der europäischen Sicherheit kann nur unter Einbindung der Staaten Europas verhandelt und entschieden werden, nicht ohne sie. Im Ergebnis muss es darum gehen, nachhaltige Lösungen für gemeinsame Sicherheitsinteressen, insbesondere mit Blick auf neue Abrüstungsgespräche, zu finden.

Aus dem derzeit feindseligen Verhalten Russlands müssen Konsequenzen gezogen werden.

- II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
1. ihren gefährlichen Schlingerkurs in der Russlandpolitik zu beenden, der zu Irritationen bei den NATO- und EU-Partnern sowie bei Nachbarn und befreundeten Staaten führt;
 2. Russland klar und unmissverständlich als Verursacher der angespannten Bedrohungssituation zu benennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen;

3. die bestehenden Sanktionen gegenüber Russland so lange aufrechtzuerhalten, bis Russland seine Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Abkommen vollumfänglich umsetzt und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim rückgängig macht;
4. sich für die vollständige Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine auf ihrem gesamten Staatsgebiet einzusetzen und sie auf ihrem Weg zu einem modernen, demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlich starken, engen Partner von EU und NATO zu unterstützen. Wir bekräftigen für die Ukraine sowie für andere Staaten Europas und der Region das Recht auf freie und souveräne Bündniswahl;
5. unmissverständlich klar zu machen, dass die Gaspipeline Nord Stream II kein „rein privatwirtschaftliches Vorhaben“ ist. Sie hat offenkundig geostrategische, energiepolitische, europa- und bündnispolitische Implikationen, die in das Kalkül über weitere politische Entscheidungen einbezogen werden müssen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich ebenso klar zu den geopolitischen und bündnispolitischen Implikationen von Nord Stream II zu positionieren. Der Deutsche Bundestag steht vollumfänglich zur „Gemeinsamen Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele“ vom 21. Juli 2021 und werden uns für deren Umsetzung einsetzen. Dies erwarten wir von der Bundesregierung in Wort und Tat. In der Erklärung heißt es zu Recht: „Sollte Russland versuchen, Energie als Waffe zu benutzen, oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine begehen, wird Deutschland auf nationaler Ebene handeln und in der Europäischen Union auf effektive Maßnahmen einschließlich Sanktionen drängen, um die russischen Kapazitäten für Exporte nach Europa im Energiesektor, auch in Bezug auf Gas, zu beschränken, bzw. auf effektive Maßnahmen auf anderen wirtschaftlich relevanten Gebieten. Diese Zusage zielt darauf ab sicherzustellen, dass Russland keine Pipeline, einschließlich Nord Stream 2, zur Erreichung aggressiver politischer Ziele einsetzt, indem es Energie als Waffe nutzt.“;
6. eine einheitliche Position in Bezug auf Sanktionsoptionen innerhalb der EU herzustellen. Zur weiteren Diversifizierung und Sicherung der Gasversorgung in und für Deutschland ist der Bau eines LNG-Terminals zwingend erforderlich. Zudem sollte kurzfristig eine Entscheidung zum Aufbau einer strategischen Gasreserve getroffen werden;
7. ihren Kurs in einem europäischen Kontext mit Blick auf Lieferungen von Militärgütern und Waffen zur Selbstverteidigung an die Ukraine umgehend zu ändern und diese zu ermöglichen. Es ist richtig, dass die Bundesregierung vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen im Normandie-Format auf Waffenlieferungen an die Ukraine verzichtet hat. Doch diese Position ist aufgrund des massiven russischen Truppenaufwuchses an der Grenze zur Ukraine, die Wort und Geist der Minsker Vereinbarungen zuwiderlaufen und die sicherheitspolitische Lage drastisch verschlechtert haben, überholt. Der Deutsche Bundestag sieht vielmehr die zwingende Notwendigkeit dafür, der Ukraine bei der Ausübung des ihr im Falle eines bewaffneten Angriffs nach der VN-Charta zustehenden Rechts auf Selbstverteidigung zur Seite zu stehen und spricht sich im Rahmen von angemessenen Reaktionen auf weitere Eskalationen von Seiten Russlands für Lieferungen militärischer Ausrüstungsgüter an die Ukraine zum Selbstschutz und in enger Absprache und Komplementarität mit unseren NATO- und EU-Partnern aus. Gerade durch ihre ideologische Haltung hat die neue Bundesregierung bereits nach wenigen Wochen viel Porzellan im Bündnis zerschlagen. Die Ampel darf nicht innerhalb ihrer ersten 100 Tage den gewaltigen Vertrauensaufwuchs Deutschlands durch 16 Jahre Angela Merkel auf der internationalen Bühne aufs Spiel setzen;

8. schnellstmöglich für Geschlossenheit im transatlantischen Bündnis, auch in der Kommunikation, zu sorgen. Für den Deutschen Bundestag hat der transatlantische Schulterchluss allerhöchste Priorität! Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die intensiven Bemühungen der US-Administration unter Präsident Joe Biden für eine enge transatlantische Abstimmung einer Reaktion auf ein mögliches militärisches Eingreifen durch Russland in der Ukraine. Vor diesem Hintergrund sieht der Deutsche Bundestag die Vielstimmigkeit in der neuen Bundesregierung mit großer Sorge, die die notwendige einheitliche und geschlossene transatlantische Positionierung erschwert. Die enge und frühzeitige Zusammenarbeit der deutschen Außenministerin mit ihrem amerikanischen Amtskollegen war hierfür ein hoffnungsvolles Zeichen. Daraus folgend, ist es gerade alarmierend, dass Bundeskanzler Scholz nicht die erste Gelegenheit für ein persönliches Treffen mit US-Präsident Biden genutzt hat. Ein solches frühes Treffen wäre angesichts der brisanten Lage mehr als dringlich gewesen. Gemeinsam gilt es, ein umfassendes und von beiden Seiten getragenes Sanktionspaket zu erarbeiten. Hierzu wollen wir auch mit Nachdruck das Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen im US-Kongress suchen und uns abstimmen. Als Deutscher Bundestag stehen wir für transatlantische Geschlossenheit ebenso wie für die Geschlossenheit der EU, wenn es darum geht, eine glaubwürdige Politik gegenüber Russland zu formulieren. Auf dieses Ziel werden wir hinarbeiten. Deutsche Alleingänge oder Sonderwege lehnen wir ab;
9. angesichts der enormen Sicherheitsrisiken, die von einer weiteren Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine für die Sicherheitsordnung Europas ausgehen würde, keine Maßnahme vom Tisch zu nehmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, im Ernstfall alle Optionen eines möglichen Sanktionspakets zu ziehen: umfangreiche Sanktionen gegen den Finanzsektor inklusive des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs, die teilweise oder gänzliche Aussetzung der Energiepartnerschaft, inklusive Nord Stream II, sowie weitere sektorielle Sanktionen und Individualsanktionen;
10. weiterhin den Raum für zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen der deutschen und der russischen Zivilgesellschaft zu schützen und zu ermöglichen. Dem zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Russland kommt eine besondere Bedeutung zu. Als Deutscher Bundestag wollen wir alles daransetzen, dass dieser uneingeschränkt durchgeführt werden kann. Wir wollen den Petersberger Dialog grundsätzlich erhalten. Aber wir stellen mit großem Bedauern fest, dass die Führung in Moskau ihren repressiven Kurs gegen die freie Zivilgesellschaft und kritische Medien mit immer härterer Hand verschärft. Das Verbot der Menschenrechtsorganisation Memorial sowie die anhaltende Inhaftierung Alexej Nawalnys sind nur zwei jüngste Beispiele dieses Repressionskurses. Wir fordern die russische Führung auf, den Repressionskurs umgehend zu verlassen. Die Gespräche im Rahmen des Petersburger Dialogs können erst dann wieder aufgenommen werden, wenn das Betätigungsverbot gegen Organisationen, die Teil des Petersburger Dialogs sind, aufgehoben wird. Auch dies muss die Bundesregierung gegenüber Russland deutlich und unmissverständlich kommunizieren;

11. unsere Zusagen und Verpflichtungen an die NATO vollumfänglich einzuhalten und dies im Haushalt für 2022 glaubhaft abzubilden. Angesichts der Krise infolge der russischen Drohungen und Aggressionen wird überdeutlich, wie wichtig die NATO für die Wahrung von Sicherheit und Frieden ist. Denn nur im Verbund der 30 Nationen kann es uns gelingen, die Kraft und die Glaubwürdigkeit aufzubringen, um Russland durch eine glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung von weitergehenden Aggressionen und einem weiteren Ausgreifen abzuhalten. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland die Kohärenz und Stärke der NATO mit allen Mitteln stärkt. Dazu muss Deutschland Solidarität, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in seiner eigenen Verteidigungspolitik beweisen. Dazu gehört die Einhaltung unserer Zusagen an das Bündnis und die Selbstverpflichtung, in besonderem Maße den Zusammenhalt im Bündnis zu fördern;
12. in Abstimmung mit unseren Verbündeten in NATO und EU die Verteidigungsfähigkeit der NATO- und EU-Partner in unmittelbarer Nähe zu Russland zu stärken und die Konsultationen innerhalb der EU und der NATO zur Sicherheitslage zu intensivieren. Denn als Deutscher Bundestag nehmen wir die gewachsenen Sorgen unserer NATO- und EU-Partner in unmittelbarer Nähe zu Russland ernst, für die die russischen Aggressionen eine existenzbedrohende Bedeutung annehmen;
13. durch eine kohärente Politik dem Eindruck mangelnder Zuverlässigkeit im Bündnis umgehend entgegen zu wirken und verlässliche Nachweise für unsere Zuverlässigkeit im Bündnis zu liefern. Die mediale Wahrnehmung Deutschlands in den USA, in der NATO insgesamt und unter Partnern in der EU hat durch den Schlingerkurs der neuen Bundesregierung in der Russlandpolitik erheblichen Schaden genommen. Erstmals kommen ernsthafte Fragen über unsere tatsächliche Bündnisolidarität auf. Dies muss uns alarmieren und zum Nachdenken bewegen;
14. die Modernisierung der Bundeswehr weiter voranzutreiben, bestehende Fähigkeitslücken umgehend zu schließen und die notwendigen finanziellen Ressourcen dafür bereitzustellen. Die russischen Aggressionen führen uns vor Augen, wie wichtig Verteidigung und Abschreckungsfähigkeit für den Fortbestand und die Freiheit demokratischer Staaten sind. Die Bundeswehr ist ein zentrales Instrument, um Deutschland und unsere Partner und Verbündeten zu schützen. Das gelingt glaubwürdig aber nur mit einer vollständig ausgestatteten und auch kurzfristig voll einsatzbereiten Bundeswehr.
15. trotz all dieser Maßnahmen, die mit Blick auf die Sicherheit des Bündnisses und den Schutz unserer Interessen und Werte elementar sind, die Hand Richtung Russland ausgestreckt zu lassen und ein Angebot zu einem umfassenden Dialog aufrechtzuerhalten, der die Sicherheitsperzeptionen beider Seiten ernsthaft aufnimmt. Ziel muss es sein, die Friedensordnung für Europa dauerhaft und nachhaltig zu festigen und Mechanismen zu implementieren, die deren Einhaltung gewährleisten. So ist z. B. die Wiederaufnahme von Vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich des Militärs, wie z. B. die Reaktivierung des Vertrags über den Offenen Himmel, ist zu prüfen;
16. offener, transparenter und vorausschauend gegenüber unserer Bevölkerung zu kommunizieren und klar die Folgen möglicher Sanktionen oder des Verlustes der europäischen Sicherheitsordnung zu benennen, um im Sinne einer strategischen Kommunikation zur Resilienz unserer Gesellschaft beizutragen. Bundeskanzler Scholz muss eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag abgeben. Denn es muss klar sein, dass wir bereit sind, auch erhebliche finanzielle Kosten zu tragen, um unsere Sicherheits- und Friedensordnung zu verteidigen;

17. in enger Abstimmung mit Partnern in NATO und EU einen neuen Anlauf für Gespräche zur Erneuerung der vertragsgestützten Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur zu nehmen. Die Wiederbelebung der erodierenden vertragsgestützten Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur ist eine dringliche Aufgabe. Dies betrifft neben der nuklearen Abrüstung auch andere wichtige Bereiche der konventionellen Rüstungskontrolle, hier insbesondere das Wiener Dokument oder den genannten Vertrag über den Offenen Himmel. Es ist im deutschen wie im europäischen Interesse, Fortschritte auf dem Weg zur weltweiten Begrenzung und Abrüstung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen zu erreichen. Besonders dem Ziel der nuklearen Abrüstung hat Russland mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine in ungeheuerlicher Weise geschadet. Im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 verpflichteten sich die USA, Großbritannien und Russland in getrennten Erklärungen, den Ländern Kasachstan, Belarus und der Ukraine als Gegenleistung für den Nuklearwaffenverzicht ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit zu garantieren. Die Tatsache, dass Russland diese gegenüber der Ukraine eingegangene Verpflichtung gebrochen hat, führt dazu, dass Nuklearstaaten ihre Arsenale heute als eine Art Souveränitätsversicherung verstehen müssen. Das entfernt uns vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt.

Berlin, den 15. Februar 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

